

Objekttyp: **Miscellaneous**

Zeitschrift: **Tec21**

Band (Jahr): **129 (2003)**

Heft 39: **Löcher unter dem Flughafen**

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Als Service public noch selbstverständlich und Grund zu Stolz war: das «neuste Automobilpostbureau» an der Landesausstellung 1939 (Bild aus dem Buch «die Schweiz im Spiegel 1939»)

PLANUNG

Verfassungsartikel zu Service public

(sda/rw) Vertreter der Berggebiete fordern einen Verfassungsartikel zum Service public. Ohne Massnahmen sei der Service public gefährdet. In kleinen Gemeinden seien Bürgerservice-Zentren einzurichten, die Post- oder Bahnschalter ersetzen.

Aufgehobene Poststellen, zusammengelegte Spitäler und geschlossene Schulen: Vertreter des Schweizerischen Gemeindeverbandes und der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) äusserten am 8. September vor den Medien ihre Sorgen um den Service public in den Randregionen. «Liberalisierte Märkte, Sparmassnahmen der öffentlichen Hand und die verstärkte Agglomerationspolitik gefährden nicht nur Grunddienstleistungen in den Berggebieten. Sie haben in den letzten fünf Jahren 20 000 Arbeitsplätze gefordert», sagte SAB-Direktor Thomas Egger.

In einer Broschüre zeigen SAB und Gemeindeverband Handlungsoptionen auf und fordern verbindliche Massnahmen. Ein öffentliches Gut müsse nicht unbedingt durch die öffentliche Hand erbracht werden. Aber der Service public müsse auf Bundes- wie auch auf Kantons- und Gemeindeebene gewährleistet werden. Dazu sollen der Umfang, die Qualität und die Kontinuität des Service public in der Verfassung verankert werden. Als Finanzierungsmodell könnte gemäss Egger das Bestell- und Abgeltungsprinzip aus dem öffent-

lichen Regionalverkehr dienen. In den Kantonen sei unklar, wer für die Einhaltung des Service public verantwortlich sei, sagte Ulrich Isch, Präsident des Gemeindeverbandes. Deshalb solle in jedem Kanton ein Service-public-Delegierter eingesetzt werden. Isch forderte zudem eine aktivere Rolle der Gemeinden. Kleine Gemeinden müssten ihre Angebote besser koordinieren und Bürgerservice-Zentren einrichten. Diese Zentren ersetzen Gemeindeverwaltung, Postschalter und Dorfläden. In Obergesteln VS wird ein solches Dienstleistungszentrum geplant. Im Gegenzug zur verstärkten Agglomerationspolitik des Bundes unterstützen SAB und Gemeindeverband das Postulat zur neuen Regionalpolitik von Ständerat Hansruedi Stadler (CVP/UR). Dieses verlangt entsprechend der Agglomerationskonferenz auch eine Konferenz für den ländlichen Raum und Berggebiete.

Beschwerde verzögert «Westside» in Bern-Brünnen

(sda/rw) Die Gegner des Freizeit- und Einkaufszentrums Westside in Brünnen bleiben hartnäckig: 20 bis 30 Personen um den Emmentaler EDU-Nationalrat Christian Waber reichen gegen die Baubewilligung Beschwerde ein. Der Bau verzögert sich voraussichtlich um ein bis drei Jahre. Waber vertritt als Präsident des Vereins «Westside-abside» bisher rund 80 Einsprecher und neu 20 bis 30 Beschwerdeführer. Der Sumiswalder befürchtet von Westside und weiteren neuen Einkaufszentren eine Ausdünnung

des ländlichen Raumes. Noch nicht über eine Beschwerde entschieden hat der VCS, wie die kantonale Geschäftsführerin Rita Haudenschild auf Anfrage sagte. Das Thema werde zurzeit mit dem WWF diskutiert, mit dem bereits eine gemeinsame Einsprache geführt worden sei. Die Eröffnung von Westside ist für das Jahr 2007 geplant. Ein Verwaltungsgerichtsentscheid als Folge einer Beschwerde würde den Bau laut den Migros-Verantwortlichen voraussichtlich um ein Jahr, ein Entscheid des Bundesgerichtes um weitere zwei Jahre verzögern.

Kanton Zürich wächst; niemand weiss, wieso

(pd/rw) Die Bevölkerung des Kantons Zürich wächst unaufhörlich: Trotz Wirtschaftskrise nahm sie 2002 gemäss dem Statistischen Amt um 1,2% auf 1 237 920 Menschen zu. 2002 war bereits das dritte Jahr in Folge, in dem die Wachstumsrate der Zürcher Bevölkerung mehr als ein Prozent betrug. Eine vergleichbare, für mitteleuropäische Verhältnisse stürmische Bevölkerungsentwicklung über längere Zeit fand letztmals während der Hochkonjunktur der 60er-Jahre statt. Im Unterschied zu damals spielt der Geburtenüberschuss heute als Wachstumsfaktor kaum mehr eine Rolle. Praktisch der gesamte Bevölkerungszuwachs von 2002 ging auf Zuwanderung aus dem In- und Ausland zurück. Der Befund erstaunt die Statistiker, denn Wanderungsbewegungen sind in der Regel stark konjunkturabhängig. Warum sie trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Flaute unvermindert anhalten, ist laut Statistischem Amt nicht klar. Obwohl der Wirtschaftsraum Zürich durch die jüngsten Entlassungen in Finanz- und Informatikbranche besonders stark getroffen wurde, scheint er auf Arbeitssuchende nach wie vor eine grosse Anziehungskraft auszuüben.

Glatttal, Zürichsee und Stadt

Am stärksten war das Bevölkerungswachstum in den Bezirken Bülach mit 2,4 und Meilen mit 2,0%. Hier weisen die Wachstumsraten seit drei Jahren steil nach

oben, zurückzuführen in erster Linie auf die starke Wohnbautätigkeit rund um den Flughafen und am oberen rechten Zürichseeufer. Trotz der Probleme von Unique und Swiss ist das Gebiet im Norden der Stadt Zürich nach wie vor äusserst dynamisch. Die Glattalbahn dürfte hier ab 2006 noch zusätzlich Schub verleihen.

Auch die Stadt Zürich verzeichnete 2002 zum dritten Mal in Folge eine Bevölkerungszunahme, nachdem sie zuvor während Jahrzehnten Einwohner verloren hatte. Ihre Wachstumsrate betrug 2002 0,9%, was über 3100 Personen entspricht. Der Bevölkerungszuwachs in der Hauptstadt ist zum grossen Teil auf eine Zunahme der ausländischen Bevölkerung zurückzuführen. Dies gilt, wenn auch weniger ausgeprägt, für das ganze Kantonsgebiet: Während die Zahl der Schweizerinnen und Schweizer um 0,9% zunahm, legten die Ausländer um 2,4% zu. Die Schweizer Bevölkerung wuchs um rund 8300 Personen, die ausländische um 6500.

Elf neue Städte seit 1962

Die kantonale Einwohnerstatistik wird seit 1962 durchgeführt – Anlass für das Statistische Amt, auf 40 Jahre Bevölkerungsentwicklung im Kanton Zürich zurückzuschauen. In dieser Zeit sind vor allem die kleinen und mittleren Gemeinden gewachsen, am extremsten Greifensee, das seine Einwohnerzahl verzweifelte. Elf Dörfer haben die «magische» Grenze von 10 000 Einwohnern überschritten und sind, statistisch gesehen, Städte geworden. Deren Zahl stieg seit 1962 von 14 auf 25. Die beiden grossen Städte haben sich unterschiedlich entwickelt: Die Bevölkerung Winterthurs blieb bei rund 90 000 Personen konstant, Zürich dagegen verlor rund 100 000 seiner ehemals 440 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Studie «Weiterhin starke Bevölkerungszunahme im Kanton Zürich» (Reihe «statistik.info»), online unter: www.statistik.zh.ch/statistik.info/pdf/2003_16.pdf